

Änderungsantrag zum Kapitel 2 des Landtagswahlprogrammes 2018

| Zeile | Bisher | Änderungsvorschlag | Begründung/Bemerkung |
|-------|--|--|---|
| 14 | Wir wollen mehr Plätze in Kitas und Krippen. | Wir wollen mehr Plätze in Horten, Kitas und Krippen. | Die Platznot ist derzeit vielfach bei Kindern im schulpflichtigen Alter am größten, also in den Horten. Streng genommen fallen Horte zwar unter den Oberbegriff "Kindertagesstätte (Kita)". Kita wird aber alltagssprachlich meist mit Kindergartenalter assoziiert. |
| 29 | Wir werden für bessere Arbeitsbedingungen und für bessere Bezahlung der Fachkräfte sorgen, mit mehr Zeit etwa für Elterngespräche oder für Leitungsaufgaben. Außerdem bekommen mit uns die Erzieher*innen in der Ausbildung schon von Anfang an eine ordentliche Vergütung und nicht nur ein Taschengeld. Dafür ändern wir das Bayerische Kindergartengesetz (BayKiBiG). | Wir werden für bessere Arbeitsbedingungen und für bessere Bezahlung der Fachkräfte sorgen, mit mehr Zeit etwa für Elterngespräche oder für Leitungsaufgaben. Außerdem bekommen mit uns die Erzieher*innen in der Ausbildung schon von Anfang an eine ordentliche Vergütung und nicht nur ein Taschengeld. Dafür ändern wir das Bayerische Kindergartengesetz (BayKiBiG). Wir wollen ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis in pädagogischen Berufen und den Beruf des Erziehers für Männer attraktiver machen. | Gleichstellung der Geschlechter bedeutet nicht nur, dass Frauen häufiger in Führungspositionen gelangen sollten, sondern auch, dass Männer häufiger klassische „Frauenberufe“ ergreifen sollten. Männliche Erzieher und Grundschullehrer stellen weiterhin eine Seltenheit dar. Kinder benötigen Vorbilder und Bindungspersonen beiderlei Geschlechts. |
| 45 | Wir müssen und werden viel Geld in den Ausbau und die Verbesserung der Qualität unserer Kindertagesstätten investieren. Daher geht für uns Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit! Langfristig wollen wir die gesamte frühkindliche Bildung beitragsfrei ermöglichen und beginnen mit dem ersten Kindergartenjahr. | Wir müssen und werden viel Geld in den Ausbau und die Verbesserung der Qualität unserer Kindertagesstätten investieren. Daher geht für uns Qualitätsverbesserung vor Beitragsfreiheit! Langfristig wollen wir die gesamte frühkindliche Bildung beitragsfrei ermöglichen und beginnen mit dem ersten Kindergartenjahr. | Wenn wir prinzipiell für die Beitragsfreiheit von Kitas sind, sollten wir dies auch verständlich ausdrücken. Der zur Streichung vorgeschlagene Satz kann so verstanden werden, dass aus Kostengründen zwischen Qualitätsverbesserung oder Beitragsfreiheit gewählt werden muss. Dem Wähler ist eine solche Argumentation nicht vermittelbar. „Langfristig“ bietet bereits ausreichend zeitlichen Spielraum, was die Umsetzung angeht. |

| | | | |
|----|--|--|--|
| 91 | Wir wollen Kinder und Lehrkräfte entlasten und mit einer neuen Bewertungskultur , die Freude am Lernen, die Neugierde und die Motivation der Schüler*innen stärken. | <i>Mit der Entwicklung einer neuen Bewertungskultur unter Einbezug von Kindern, Eltern und Lehrern wollen wir die Freude am Lernen, die Neugierde und die Motivation der Schüler*innen stärken.</i> | Es wird nicht erklärt, was mit einer neuen Bewertungskultur gemeint ist und wie sie aussehen soll (z. B. Noten abschaffen?) Dies lädt zur Fehlinterpretation ein statt ein klares, eindeutiges Ziel zu definieren. Die Umformulierung lässt genug Freiraum für die tatsächliche Ausgestaltung in der politischen Umsetzung. |
| 94 | An unseren Schulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Mit einer 110prozentigen Unterrichtsversorgung ... | An unseren Schulen wird hervorragende Arbeit geleistet. Lehrer*innen leisten an allen Schulformen anspruchsvolle, gesellschaftlich bedeutende Arbeit. Deshalb wollen wir die Ungleichbehandlung bei ihrer Entlohnung abschaffen und - bezogen auf die Schulformen - das Lohnniveau der niedriger entlohnnten Lehrkräfte nach und nach auf das der am höchsten entlohnnten Lehrkräfte anheben. Mit einer 110prozentigen Unterrichtsversorgung ... | Chancengleichheit durch gute Bildung gehört zu den zentralen grünen Forderungen. Dies kann nur gelingen, wenn es an Grund-, Haupt- und beruflichen Schulen fachlich hervorragende und motivierte Lehrkräfte gibt. Zur Attraktivität der Stellen und zur Wertschätzung der Arbeit gehört eine gute Entlohnung. An anderer Stelle im Wahlprogramm betonen wir, dass die beruflichen Schulen gestärkt werden müssen, wo es großen Lehrkräftemangel gibt. Auch aus Gerechtigkeitsgründen ist es nicht einzusehen, warum Lehrkräfte, die unter schwierigsten sozialen Bedingungen mit wenig gebildeten Kindern arbeiten, weniger verdienen als Lehrkräfte an Gymnasien. |

| | | | |
|------------|--|---|--|
| <p>201</p> | <p>Gute soziale Rahmenbedingungen erleichtern entscheidend den Zugang zum Studium und die Erfolgsaussichten für alle Studierenden. Deshalb wollen wir die Studierendenwerke besser ausstatten, studentischen Wohnraum ausbauen, bessere Voraussetzungen für Teilzeitstudien schaffen. Mit uns wird es keine Gebühren für Studium und Sprachkurse geben. Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit dürfen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen keine Fremdwörter mehr sein. Wir treiben den barrierefreien Ausbau voran, führen quotierte Berufungskommissionen ein, stärken die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und bauen die interdisziplinäre Genderforschung aus.</p> | <p>Gute soziale Rahmenbedingungen erleichtern entscheidend den Zugang zum Studium und die Erfolgsaussichten für alle Studierenden. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht darüber entscheiden, ob jemand studieren kann oder nicht. Wir setzen uns für eine unbürokratische finanzielle Unterstützung für Studierende ein. Wir streben eine Reform des BAföG auf Bundesebene an. Wir Deshalb wollen wir die Studierendenwerke besser ausstatten, studentischen Wohnraum ausbauen, bessere Voraussetzungen für Teilzeitstudien schaffen. Mit uns wird es keine Gebühren für Studium und Sprachkurse geben. Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit dürfen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen keine Fremdwörter mehr sein. Wir treiben den barrierefreien Ausbau voran, führen quotierte Berufungskommissionen ein, stärken die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und bauen die interdisziplinäre Genderforschung aus.</p> | <p>Die hier genannten Potentiale sind zwar wichtige Ansätze für die Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen, lassen den wichtigsten Punkt aber außer Acht. Der soziale Status der Eltern ist noch immer der ausschlaggebende Faktor dafür, wer studiert und wer nicht. Die vorgeschlagene Ergänzung soll bewusst Spielraum für Umsetzungsmöglichkeiten lassen. Als Vorbild können Maßnahmen aus dem skandinavischen Raum dienen, in denen Arbeiterkindern deutlich häufiger der Bildungsaufstieg gelingt als in Deutschland.</p> |
|------------|--|---|--|

| | | | |
|-----|---------------------------------|---|--|
| 209 | <i>Ergänzung eines Absatzes</i> | <p>Der Numerus clausus hat in vielen Fächern nicht mehr nur eine aufschiebende, sondern de facto eine ausschließende Wirkung. Das schadet am stärksten Schüler*innen, die mit schlechteren Bildungsvoraussetzungen gestartet sind oder aufgrund von schwierigen Lebenssituationen zeitweise Probleme in der Schule hatten. Diese soziale Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen. Wir werden die Hochschulen unterstützen, Zulassungsbeschränkungen soweit wie möglich abzubauen und bei Zulassungsverfahren der individuellen Eignung einen größeren Stellenwert gegenüber der Abiturnote einzuräumen. Außerdem werden wir sicherstellen, dass alle Schüler*innen aus nicht-akademischen Familien frühzeitig bei der Planung ihres weiteren Bildungsweges beraten und unterstützt werden, etwa durch Mentoringprogramme.</p> | <p>In vielen Fächern ist bereits mit Abiturnoten mit einer 2 der Zugang auf Jahre verwehrt. Das Bundesverfassungsgericht hat den NC in Medizin für teilweise verfassungswidrig erklärt und den Weg zu alternativen Zulassungsverfahren freigemacht, die an manchen bayerischen Hochschulen bereits mit Erfolg praktiziert werden.</p> <p>Nicht alle Menschen, die als erste in Familie und Freundeskreis an ein Studium denken, finden Vorbilder und die notwendige Unterstützung. Mentale Hürden aufgrund soziokultureller Prägung werden in der Bildungspolitik noch viel zu wenig beachtet.</p> |
|-----|---------------------------------|---|--|

| | | | |
|-----|--|--|---|
| 283 | <i>Ergänzung</i> | Landesbeamt*innen sollen ähnlich wie bereits in Hamburg die Möglichkeit erhalten, nach ihrer Verbeamtung zwischen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung wählen zu können. Anstelle der Beihilfezahlungen würde der Freistaat den Arbeitgeberanteil übernehmen. Wir wollen so einen weiteren Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung gehen. Insbesondere Familien mit Kindern profitieren hiervon, da diese durch die Familienversicherung bis zum Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums beitragsfrei mitversichert sind. | Der Spielraum im Bereich der Gesundheitspolitik ist auf Landesebene eingeschränkt. Wie das Beispiel Hamburg zeigt, besteht aber die Möglichkeit, zumindest den Landesbeamten eine Wahl zwischen der gesetzlichen und privaten Krankenkasse zu ermöglichen, indem statt der Beihilfezahlungen der Arbeitgeberanteil übernommen wird. Dies ist ein konsequenter Schritt in Richtung einer Bürgerversicherung. Insbesondere Familien profitieren von der beitragsfreien Mitversicherung, auch im Alter liegen die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung in der Regel unterhalb der privaten. Gerade im Bereich der niedrigen Besoldungsgruppen profitieren die Beamt*innen von niedrigeren Beiträgen. |
| 293 | Wir stärken die Stellung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe wie zum Beispiel von Hebammen, Physio- und Ergotherapeut*innen oder Pflegekräften und bieten ihnen mehr Kompetenzen, Aufstiegsmöglichkeiten und akademische Weiterbildung. Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle nicht akademisierten Heilberufe ab. | Wir stärken die Stellung der nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe wie zum Beispiel von Hebammen, Physio- und Ergotherapeut*innen, Lögpäd*innen oder Pflegekräften und bieten ihnen mehr Kompetenzen, Aufstiegsmöglichkeiten und akademische Weiterbildung. Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle nicht akademisierten Heilberufe ab. | |
| 295 | Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle nicht akademisierten Heilberufe ab. | Zudem schaffen wir das Schulgeld für alle nicht akademischen Heilberufe ab. | Es gibt schon die Möglichkeit viele Heilberufe (z.B. Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie) in Form eines Bachelor-Studienganges oder einer fachschulischen Ausbildung zu erlernen. |

| | | | |
|-----|------------------|--|--|
| 295 | <i>Ergänzung</i> | Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, sollen ausländische Fachabschlüsse aus dem EU-Raum schneller und kostengünstiger staatlich anerkannt werden. | Derzeit können med. Fachkräfte (Ärzte, Heilmittelerbringer, Pflegepersonal) nur mit einer staatlichen Zulassung in ihrem Beruf voll anerkannt in Deutschland arbeiten. In Bayern müssen sie bei den jeweiligen Regierungsbezirken eine staatliche Zulassung beantragen. Dazu müssen alle Abschlüsse und Bildungswege mit beglaubigten Übersetzungen, sowie eine Nachweis der Deutschen Sprache im B2 Niveau eingereicht werden. Die Kosten für die Anerkennung belaufen sich auf über 500,- €. Das Verfahren wird immer in einer Einzelfallprüfung bearbeitet und dauert 3 bis 4 Monate. In dieser Zeit darf die medizinische Fachkraft keine Patienten mit einer gesetzlichen Krankenkasse behandeln. |
| 356 | <i>Ergänzung</i> | Wir sorgen dafür, dass Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen wird. | Legasthenie ist bereits im als Lernbehinderung in Schulverordnungen etc. aufgenommen. Die Ergänzung dient dem Einbezug der Dyskalkulie. |

| | | | |
|-----|--|---|--|
| 394 | Wir wollen Spekulationen mit Grund und Boden verhindern. Dafür werden wir das Grundsteuergesetz ändern, so dass überall, wo Baurecht geschaffen wurde, auch zügig gebaut wird. | Wir wollen Spekulationen mit Grund und Boden verhindern. Dafür werden wir die Grundsteuer als reine Bodenwertsteuer ausgestalten und das Grundsteuergesetz so ändern, so dass überall, wo Baurecht geschaffen wurde, auch zügig gebaut wird. Die Grundsteuer wird nicht mehr auf die Mieter*innen umgelegt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Steuerfreiheit beim Verkauf nicht selbst genutzter Immobilien abgeschafft wird. Bayern wird seinen Grundbesitz nur noch im Erbbaurecht vergeben oder Grundstücke gemeinwohlorientiert verkaufen, mit einem Vorkaufsrecht für die Kommunen. | Dies entspricht dem Beschluss „Ein soziales Bodenrecht und eine am Gemeinwohl orientierte Münchner Bodenpolitik für bezahlbaren Wohnraum“ der Stadtversammlung vom 23.1.2018 |
|-----|--|---|--|

| | | | |
|------------|--|--|--|
| <p>425</p> | <p>Denkmalschutz fördern</p> <p>Der Anspruch an ein qualitätsvolles und ästhetisches Bauen darf nicht auf der Strecke bleiben. Denn Baukultur ist und schafft Identität und Heimat. Denkmäler prägen unsere Orte und geben den Regionen ihr Gesicht – vom fränkischen Fachwerkhaus bis zum oberbayerischen Bauernhaus. Sanierung statt Abriss - wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern.</p> | <p>Denkmalschutz fördern</p> <p>Der Anspruch an ein qualitätsvolles und ästhetisches Bauen darf nicht auf der Strecke bleiben. Denn Baukultur ist und schafft Identität und Heimat. Denkmäler prägen unsere Orte und geben den Regionen ihr Gesicht — vom fränkischen Fachwerkhaus bis zum oberbayerischen Bauernhaus. Sanierung statt Abriss — Wir wollen Denkmalschutz und Denkmalpflege stärker fördern. Der Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden aus purer Profitgier darf sich nicht mehr lohnen. Die Bußgelder sollen daher angehoben und die Vorteilsabschöpfung vollumfänglich ausgenutzt werden.</p> | <p>Investoren kalkulieren inzwischen die Bußgelder in die Baukosten mit ein, die beim Abriss von denkmalgeschützten Gebäuden anfallen. Die Bußgelder haben bei dem erzielbaren Gewinn keinerlei abschreckende Wirkung mehr auf die Inverstoren und müssen so weit angehoben werden, dass sie wieder eine empfindliche Strafe darstellen.</p> |
| <p>735</p> | <p><i>Streichung</i></p> | <p>Große Herausforderungen für das Leben in den ländlichen Räumen sind Mobilität und Versorgung. Wir schaffen Alternativen zum eigenen Auto und Verbindungen im Stundentakt an allen Orten in Bayern.</p> | <p>Schlingerkurs Mobilität – Versorgung – Internet; in Kapitel 1 ist das Thema Mobilität in einem besseren Zusammenhang dargestellt und formuliert.</p> |

Dieser Antrag wird gestellt von

Florian Siekmann, Lyn Faltin, Doris Kubista, Klaus Becker, Frank Dürsch, Beppo Brem

unterstützt durch die temporäre Arbeitsgruppe zum Landtagswahlprogramm KV München